

Scharrer, Hans-Eckart

Article — Digitized Version

## IWF und Weltbank - ratlos

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Scharrer, Hans-Eckart (1974) : IWF und Weltbank - ratlos, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 54, Iss. 10, pp. 496-497

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/134735>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

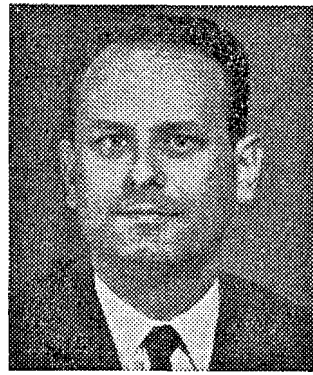
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



## IWF und Weltbank – ratlos

**E**in Jahr nach Nairobi ist die Währungsreform-Euphorie verfliegen. Die Washingtoner Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbankgruppe hatte andere, düstere Themen auf ihrer Agenda. Einmal die weltweite Inflation. Das Thema selbst ist zwar ein Evergreen. Neu ist allerdings das Tempo des Preisauftriebs und seine rasche Beschleunigung. Insofern dürften einige der Finanzminister ihre feierlichen Schwüre, eine energische Inflationsbekämpfung durchzuführen, diesmal sogar ernst gemeint haben – auch wenn sie noch nicht wissen, wie sie angesichts zunehmender Arbeitslosigkeit einen restriktiven wirtschaftspolitischen Kurs durchhalten sollen. Das zweite, dominierende Thema: die Folgen der Ölpreisexpllosion für die Weltwirtschaft und die internationalen Währungsbeziehungen.

Die Vervierfachung des Rohölpreises seit 1972 trifft vor allem die rund 20 ärmsten Entwicklungsländer mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von 100 \$ und darunter in einer ohnehin kritischen Lage: Ihre schon immer labile Versorgung mit Nahrungsmitteln ist seit dem weltweiten Ernterückgang 1972/73 akut gefährdet. Nicht nur kann die eigene Nahrungsproduktion dieser Länder mit dem Bevölkerungswachstum nicht Schritt halten; auch die internationale Versorgungslage ist angespannt, so daß die Weltmarktpreise für Weizen und andere Agrargüter sich in zwei Jahren verdreifacht haben. Sind demnach die Grundnahrungsmittel für Millionen Menschen schon fast unerschwinglich teuer geworden, so kann die Ölpreiserhöhung – mit ihren Konsequenzen z. B. für die Düngemittelsituation – für viele von ihnen das endgültige Todesurteil bedeuten.

Die finanzielle Tragweite der Ölverteuerung für die Entwicklungsländer wird daran deutlich, daß ihre jährlichen Ölausgaben bei konstanter Einfuhrmenge rechnerisch um 9 bis 10 Mrd. \$ zunehmen. Die Mehrausgaben entstehen zu einer Zeit, wo allein für die Einfuhr von Getreide 6 Mrd. \$ mehr aufgewendet werden müssen als vor zwei Jahren. (Zum Vergleich: die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe belief sich 1972 nur auf 9,6 Mrd. \$.) Nur die wenigen Länder, die von dem gegenwärtigen Rohstoffboom profitieren, werden in der Lage sein, die erhöhte Ölrechnung aus Mehreinnahmen abzudecken. Insgesamt dürfte das Leistungsbilanzdefizit der Entwicklungsländer in diesem Jahr rechnerisch von 13 auf 21 bis 23 Mrd. \$ zunehmen.

Im Vergleich zu den Entwicklungsländern befinden sich die Industrieländer in einer günstigeren Ausgangsposition: Niemand wird hier wegen der Ölverteuerung verhungern müssen. Dennoch ist die Lage für einige Länder – und damit zugleich für den Fortbestand des integrierten Wirtschaftssystems des Westens – bedrohlich. Bei einem erwarteten Leistungsbilanzüberschuß der Ölexportländer von 65 Mrd. \$ (1974) werden die Industrieländer als Gruppe ein Leistungsbilanzdefizit von mindestens 45 Mrd. \$ auf sich vereinen.

Diese Konstellation dürfte sich in den nächsten Jahren zwar verbessern, aber nicht grundlegend ändern. Das Neuartige daran ist, daß dieses Defizit sich durch die traditionellen Anpassungsmethoden – Währungs-Abwertung bzw. Floating, Deflationpolitik – nicht beseitigen läßt: Angesichts der geringen Absorptionsfähigkeit vieler Ölländer für ausländische Waren müßten in den Industrieländern die Wechselkurse gegenüber den Ölvaluten ins Bodenlose fallen und/oder die Wirtschafts-

aktivität in gesellschaftspolitisch unerträglichem Maße eingeschränkt werden, ehe eine Korrektur des (globalen) Leistungsbilanzsaldos erfolgte. Mit der „klassischen“ Leistungsbilanzpolitik – einschließlich Importbeschränkungen und Exportförderung – kann nur die Aufteilung des Gesamtdefizits auf die einzelnen Verbraucherländer beeinflusst werden.

Gefahren drohen der Weltwirtschaft vor allem aus der Konzentration der Defizite auf bestimmte Länder, wobei das öbedingte Leistungsbilanzmuster von den internen politischen, sozialen und ökonomischen Bedingungen überlagert wird. So müssen Großbritannien, Italien und Japan mit Defiziten von je 8 bis 9 Mrd. \$ rechnen, Frankreich sieht sich einem Passivsaldo von 5 Mrd. \$ gegenüber, während andererseits die Bundesrepublik 1974 einen Überschuß von rund 12 Mrd. \$ erwirtschaften dürfte. Es ist nicht auszuschließen, daß irgendein wichtiges Welt handelsland angesichts der Höhe seines Defizits, des Umfangs seiner Auslandsverschuldung und/oder wachsender Schwierigkeiten bei der Defizitfinanzierung plötzlich „nervös“ wird und mit der autonomen Einführung von Importbeschränkungen eine Lawine des Protektionismus auslöst.

Die Jahresversammlung wußte auf diese drängenden Fragen keine Antwort. Die Industriestaaten gaben wohlfeile Empfehlungen an die Ölländer für die Anlage der Petrodollars; die Förderländer verwiesen auf die Höhe ihrer Mitteltransfers zugunsten internationaler Organisationen und kritisierten im übrigen die unzureichenden Maßnahmen der Industriestaaten bei der Inflationsbekämpfung und Entwicklungshilfe; und die Entwicklungsländer sahen die Rettung in der Verknüpfung der Sonderziehungsrechte mit der Entwicklungsfinanzierung (Link). Während die meisten Währungspolitiker die drohende Apokalypse in düsteren Farben beschrieben, zeigten sie sich unfähig, Ansätze für eine mittelfristige Überlebensstrategie zu entwerfen.

Nun ist das Plenum der Jahresversammlung sicher ohnehin nicht die geeignete Plattform, um ein gemeinsames wirtschaftspolitisches Krisenkonzept für die 127 Mitgliedstaaten zu erarbeiten. Dem neu gegründeten Interimsausschuß – vorläufiger Nachfolger des Zwanzigerausschusses – wäre diese Aufgabe aber wohl zuzumuten. In ihm sind alle Ländergruppen, einschließlich der Ölländer, durch hohe politische Vertreter repräsentiert. Er erscheint damit besser als die „unpolitisch“ arbeitenden Stäbe internationaler Institutionen, aber auch besser als Organisationen bestimmter Ländergruppen (OECD, OPEC, Gruppe der 24) geeignet, einen multilateralen Interessenausgleich herbeizuführen oder doch mindestens vorzubereiten.

Am Anfang müßte dabei nach wie vor die quantitative Problemanalyse stehen. Noch immer gehen die Schätzungen über die mittelfristige Leistungsbilanzentwicklung der Ölstaaten weit auseinander. Während einige Beobachter der Auffassung zuneigen, daß der Überschuß dieser Länder in wenigen Jahren verschwunden sein wird, unterstellt die Weltbank eine Fortdauer der gegenwärtigen Relationen und kommt damit bis 1980 zu einer (hypothetischen) Gesamtverschuldung der Ölverbraucherländer von 600 Mrd. \$. Die Wirtschaftspläne und Zahlungsbilanzziele gerade der bevölkerungsarmen arabischen Staaten und Scheichtümer sind in all diesen Schreibtischanalysen offenbar überhaupt nicht berücksichtigt.

Nimmt man das so ermittelte Globaldefizit der Verbraucherländer als Datum, so stellt sich als nächstes die entscheidende Aufgabe, ihre Zahlungsbilanzziele – und die dabei anzuwendenden Methoden – aufeinander abzustimmen. Das proklamierte französische Ziel etwa, das Leistungsbilanzdefizit bis Ende 1975 zu beseitigen, ist bei einem (unterstellten) Gesamtdefizit der Industrieländer von 45 Milliarden \$ ebenso unverträglich mit den Postulaten anderer Länder, wie die Aufrechterhaltung des deutschen Rekordüberschusses.

Drittens geht es um eine explizite Konfrontation der Zahlungsbilanzziele mit den Finanzierungsmöglichkeiten, und zwar, sofern erforderlich, unter Revision der Ziele. Hier hat dann auch die bislang isoliert geführte Diskussion über neue Finanzierungsinstrumente und -Institutionen ihren Platz. Vielleicht ist eine Sonderzuschüttung von SZR an die ärmsten Länder doch nicht so „gefährlich“? Die internationale Wirtschaftspolitik steht vor ihrer Bewährungsprobe.